

Konferenzbericht

Varieties of Communism: A Comparative Political Perspective on Temporal and Regional Differences of Socialist Regimes, Chemnitz, 17.-18. Mai 2024

Am 17. und 18. Mai haben sich insgesamt 24 Forschende in Chemnitz getroffen, um gemeinsam über die – teilweise erheblichen und dennoch bislang kaum beforschten – Varietäten innerhalb der kommunistischen Staaten synchron wie diachron auszutauschen. Die Idee für eine solche Tagung ging auf die in den USA gegründete Arbeitsgruppe Varieties of Communism zurück, die sich nach einer je in den USA und in China organisierten Tagung erstmals in Europa versammelte. Ziel der Konferenz war es damit auch dezidiert, ein transatlantisches Netzwerk zu etablieren, was den internationalen Charakter der Chemnitzer Veranstaltung erklärt (ca. je ein Drittel der Teilnehmenden kam aus Deutschland, anderen europäischen Ländern und Übersee). Zwei Tage lang haben sich die geladenen Expert*innen in sieben thematischen Panels ausgetauscht – großzügig finanziert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, dem Johann Gottfried Herder-Forschungsrat, der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit sowie der Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Dan Slater (University of Michigan) und **Michael Bernhard** (University of Florida) eröffneten die Konferenz mit definitorischen Grundlagen, vor allem aber mit einem konzeptionellen Rahmen für den Vergleich kommunistischer Regime. In ihrem Vortrag „Varieties of Communism: Heterogeneity, Informality, Temporality“ legten sie dar, wie sich trotz einheitlicher Ideologie erhebliche Unterschiede in der Praxis und Entwicklung dieser Regime erklären lassen. Dabei wurden Faktoren wie der Zeitpunkt der Machtübernahme und die Bedeutung informeller Praktiken hervorgehoben, die helfen, langfristige Entwicklungen zu erklären, insbesondere im Hinblick auf die Anpassungsfähigkeit und Persistenz kommunistischer Regime im Vergleich zu anderen autoritären Regimen. Anschließend reflektierte **Iza Ding** (Northwestern University) in ihrem Vortrag „Communism, Authoritarianism, and the Comparative Imagination“ kritisch die vergleichende Kommunismus- und Autoritarismusforschung und zeichnete exemplarisch nach, wie sehr der westliche Blick auf kommunistische (wie autoritäre) Gesellschaften von einem Othering durchdrungen ist. Dies gilt etwa für Versuche, die Legitimität und Resilienz autoritärer Regime mit (vermeintlich) unvereinbaren Dichotomien zwischen autoritären Staaten und ihren Bürger*innen zu erklären. Gefordert wird daher, theoretische Klassifikationen stärker durch empirische Beobachtungen zu ersetzen und dabei mehr Raum für Positionalität und Reflexivität zu lassen. **Michael Bernhard** (University of Florida), **Martin Dimitrov** (Tulane University) und **Petra Guasti** (Univerzita Karlova) schlossen das erste Panel mit einem Vergleich der Anpassungsstrategien kommunistischer Regime nach Krisen ab. Sie argumentierten in ihrem Beitrag „Post-Crisis Adaptation in Communist Regimes“, dass Krisen zu einer Umstrukturierung der Machtverhältnisse führen müssen, wenn das System stabilisiert und Autorität wiederhergestellt werden sollen. Die drei Autor*innen exemplifizierten ihr Argument anhand mehrerer historischer Beispiele wie die Krisen in Ostdeutschland 1953, Polen 1956 und China 1989. Dabei zeigten sie, wie diese Regime durch eine Kombination von Repression, wirtschaftlicher Anpassung und ideologischer Kontrolle überdauerten. Für das langfristige Überleben kommunistischer Systeme ist damit eine entsprechende Anpassungsleistung unabdingbar.

Jeannette Brabenetz führte die Teilnehmenden unter dem Titel „Karl-Chemnitz-City’ – on Traces of Karl Marx, Communism and Post-Communism in Today’s Chemnitz” zu den noch sichtbaren kommunistischen Spuren und Symbolen im Chemnitzer Stadtbild. Der akademische Stadtspaziergang endete im Stasi-Unterlagen-Archiv, wo nicht nur Einblicke in die Arbeit des Archivs gegeben, sondern auch Forschungsmöglichkeiten aufgezeigt wurden. In seinem Beitrag „Communist Ideocracies in Comparison with other Regime Types” untersuchte **Steffen Kailitz** (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung) die spezifischen Merkmale kommunistischer Regime im Vergleich zu anderen politischen Systemen. Kailitz argumentierte, dass kommunistische Regime aufgrund ihrer ideologischen Grundlage, die auf der Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft basiert, ihrer zentralistischen Wirtschaftsplanung und ihres umfassenden Parteikontrollapparates deutlich von anderen Autokratien unterschieden werden müssen. Mit Hilfe des „Varieties of Political Regimes” (Va-PoReg) Datensatzes zeigte er, dass kommunistische Ideokratien aufgrund ihrer ideologischen Kohärenz und der engen Bindung der Elite an das Regime eine besondere Stabilität aufweisen. Kailitz betont, dass diese Regime trotz ihres Niedergangs nach dem Kalten Krieg weiterhin eine signifikante globale Präsenz, insbesondere in Asien, aufweisen und dass ihre spezifischen Charakteristika eine gesonderte Betrachtung in der vergleichenden Politikwissenschaft rechtfertigen. **Jeffrey Kopstein** (University of California, Irvine) fokussierte in seinem Paper „The Parallel Economic Histories of Militarized Regimes: Nazi Germany and East Germany” auf die wirtschaftlichen Gemeinsamkeiten zwischen Nazi-Deutschland und der DDR unter dem Aspekt des Militarismus. Kopstein argumentiert, dass beide Regime trotz ihrer ideologischen Unterschiede hoch militarisierte Gesellschaften waren, die ihre Wirtschaftspolitik auf ständige Mobilisierung und Kriegsvorbereitung ausrichteten. Er vergleicht die Strategien der beiden Diktaturen, einschließlich der Mobilisierung der Gesellschaft und der staatlichen Kontrolle der Wirtschaft, und zeigt, wie diese Militarisierung das soziale Gefüge und die politische Stabilität in beiden Systemen beeinflusste. Kopstein kommt zu dem Schluss, dass die permanente militärische Ausrichtung beider Regime sowohl ihre Wirtschaftspolitik als auch ihre gesellschaftliche Dynamik prägte, mit weitreichenden Folgen für ihre langfristige Stabilität und ihren schließlichen Untergang. In dem Referat „Comparing European Societies under Communist Rule: A Historian’s Perspective” blickte **Thomas Lindenberger** (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung) auf die Vielfalt kommunistischer Regime in den von der Sowjetunion dominierten europäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg. Lindenberger argumentiert, dass die Umsetzung des sowjetischen Modells in den verschiedenen Ländern des Ostblocks unterschiedlich verlief und dass sich im Laufe der Zeit nationale Besonderheiten herausbildeten, die zu unterschiedlichen Ausprägungen des Kommunismus führten. Dabei beleuchtet Lindenberger insbesondere die Unterschiede in Verwaltung, Kultur und Sozialstruktur der einzelnen Staaten und diskutiert, inwiefern diese Unterschiede es überhaupt erlauben, von einem gemeinsamen kommunistischen Projekt in Europa zu sprechen. Damit schloss Lindenberger die beiden konzeptionellen Panels aus der Perspektive eines Historikers auf die Binnendifferenzierung der kommunistischen Staaten Europas ab und bereicherte das eingangs von Dan Slater und Michael Bernhard vorgestellte wissenschaftliche Konzept der Arbeitsgruppe Varieties of Communism substantiell.

Den Abschluss des ersten Konferenztages bildete ein Panel, das mit Afrika, Südamerika und Südostasien Regionen in den Vordergrund rückte, die im Kontext des Kommunismusvergleichs bislang unterforscht geblieben sind. **Anja Osei** (Freie Universität Berlin) analysierte in ihrem Beitrag „Legacies of Communism in Africa? Party Dominance, Regime Types, and the Political Class” das kommunistische Erbe in Afrika und dessen Auswirkungen auf die heutigen politischen Regime. Sie betonte, dass die Verbindungen zwischen den afrikanischen Unabhängigkeitsbewe-

gungen und dem kommunistischen Block während des Kalten Krieges wesentlich zur Entstehung dominanter Parteien in einigen Ländern beigetragen hätten. Trotz dieser historischen Verbindungen sei ein eindeutiger kommunistischer Einfluss aus dieser Zeit im heutigen Afrika nicht zu erkennen. **Marianne Kneuer** (TU Dresden) konzentrierte sich auf den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ von Hugo Chávez in Lateinamerika. In ihrem Vortrag *Hugo Chávez's Socialism of the 21 Century: a New Variant of Ideological Mission for the Latin American Continent?* untersuchte sie, wie Chávez eine neue Welle linker Ideologie auf dem Kontinent inspiriert und gefördert hat. Kneuer argumentierte, dass Chávez nicht nur Venezuela transformierte, sondern versuchte, seine revolutionäre Mission auf die gesamte Region auszuweiten. Dabei verbinde er sozialistische und populistische Elemente zu einem ideologischen Amalgam, das sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene umgesetzt werde. **Aurel Croissant** (Universität Heidelberg) untersuchte unter dem Titel *„Party-Military Relations and Regime Resilience in Communist Asia“* die Beziehungen zwischen Partei und Militär in den kommunistischen Staaten Asiens und ihre Bedeutung für die Stabilität dieser Systeme. Er betonte, dass stabile und effektive Beziehungen zwischen Partei und Militär eine Schlüsselrolle für das Überleben kommunistischer Regime in Ländern wie China, Vietnam und Nordkorea spielen. Croissant hob hervor, dass sich diese Beziehungen im Laufe der Zeit verändert haben und dass die Unterschiede in diesen Beziehungen entscheidend für das Verständnis der Widerstandsfähigkeit dieser Regime sind.

Der zweite Konferenztag wurde mit einem Panel zu China eröffnet. **Thomas B. Gold** (University of California, Berkley) ging in seinem Vortrag *„Communism With Hong Kong Characteristics auf die politische und gesellschaftliche Transformation Hongkongs seit der Übergabe an die Volksrepublik China 1997 ein. Gold argumentierte, dass die chinesische Regierung unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) schrittweise versucht habe, Hongkong stärker in das autoritäre System Chinas zu integrieren, ohne jedoch traditionelle kommunistische Ideologien wie Klassenkampf oder die Abschaffung des Privateigentums zu verfolgen. Stattdessen liegt der Schwerpunkt auf der Wiederherstellung der nationalen Souveränität und Kontrolle über Hongkong als Teil des chinesischen „nationalen Wiederaufstiegs“. Diese „Revolution von oben“ hat Hongkongs Rolle als globales Finanzzentrum und Symbol für Freiheit und Offenheit untergraben, indem politische Freiheiten zunehmend eingeschränkt und gesellschaftliche Strukturen an das autoritäre System auf dem Festland angepasst wurden. In seinem Beitrag *„The Political Logic of Cultural Security in Contemporary China“* untersucht **Martin K. Dimitrov** (Tulane University) die Strategien, mit denen China gegen ideologische Bedrohungen durch westliche Einflüsse vorgeht. Dimitrov argumentiert, dass China eine duale Strategie verfolgt, die sowohl harte defensive Maßnahmen zur Gewährleistung kultureller Sicherheit als auch weiche offensive Maßnahmen zur Förderung der eigenen Kultur umfasst. Der defensive Teil zielt darauf ab, den Zugang zu subversiven Inhalten zu verhindern, während der offensive Teil darauf abzielt, die Bevölkerung von solchen Inhalten abzulenken, indem er den einheimischen Kulturkonsum fördert. Diese Strategien wurden nach den Protesten auf dem Tiananmen-Platz und dem Zusammenbruch des Kommunismus in Europa weiter verstärkt, wobei die chinesische Führung besonderen Wert darauf legt, die kulturelle Sicherheit als wesentlichen Bestandteil der nationalen Sicherheit zu schützen. Dimitrov beleuchtet auch die Rolle zentraler Institutionen wie des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit (MPS) und des Ministeriums für Staatssicherheit (MSS) bei der Umsetzung dieser Maßnahmen. **Pierre F. Landry** und **Zheng Zhang** (beide Chinese University of Hong Kong) untersuchten die langfristigen Auswirkungen der Parteimitgliederzahlen in China auf die lokale Entwicklung und die Kapazitäten der Governance. In ihrem Vortrag *„The Developmental Consequences of the Communist Revolution in China (1921-2011)“* argumentieren die Autoren, dass die Größe und die Anzahl der Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) auf lokaler*

Ebene signifikante Auswirkungen auf die Qualität der lokalen Governance und die sozioökonomische Entwicklung hatten. Sie zeigen, dass die kurz nach der Revolution entstandenen Unterschiede in der Parteimitgliedschaft häufig bis heute fortbestehen und die Art und Weise beeinflussen, wie politische und wirtschaftliche Prozesse auf lokaler Ebene umgesetzt werden. Ihr empirisches Material unterstreicht, dass die frühe Entwicklung der Partei und ihre spätere Expansion entscheidende Faktoren für die langfristige politische Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung in den verschiedenen Regionen Chinas sind. **Felix Wemheuer** (Universität Köln) untersucht in seinem Vortrag „Market Socialism in Eastern Europe and China: Cycles of Economic Reforms of the 1960s and 1980s“ die transnationalen intellektuellen Verflechtungen, die zur Entwicklung eines „Sozialismus mit chinesischen Charakteristika“ in den 1980er Jahren führten. Er beleuchtet, wie chinesische Politiker und Ökonomen nach Maos Tod Reformen des traditionellen sowjetischen Planwirtschaftsmodells diskutierten und sich dabei von früheren Reformversuchen in Ostmitteleuropa und den Erfahrungen der 1960er Jahre inspirieren ließen. Wemheuer betont insbesondere die Bedeutung des Austauschs zwischen China und ostmitteleuropäischen Ländern wie Ungarn und der Tschechoslowakei sowie die Rolle internationaler Ökonomen bei der Gestaltung der chinesischen Reformagenda. Wemheuer argumentiert, dass ein Verständnis der Reformen der 1980er Jahre einen Blick auf frühere Reformdebatten in Ostmitteleuropa erfordert.

Den letzten thematischen Teil der Konferenz bildeten drei Panels zu Ostmitteleuropa. **Katarzyna Grzybowska-Walecka** (Uniwersytet Kardynała Stefana Wyszyńskiego) blickte unter dem Titel „Cross-Iron Curtain Collaborations: Revisiting East-West Party Contacts During the Cold War“ auf die oft übersehenen Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien Osteuropas und den sozialdemokratischen Parteien Westeuropas während des Kalten Krieges. Sie argumentiert, dass diese Kontakte nicht nur ideologische Konfrontationen darstellten, sondern auch als vielseitige Kanäle für politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit dienten. Walecka zeigt, dass diese Interaktionen eine entscheidende Rolle bei der Transformation der kommunistischen Parteien in sozialdemokratische Akteure spielten, was letztlich die demokratischen Transitionen in Osteuropa erleichterte. Durch eine detaillierte Analyse von Archivmaterialien und Interviews mit den beteiligten Akteuren zeigt die Studie die strategische Bedeutung dieser Kontakte und ihre langfristigen Auswirkungen auf die politische Landschaft Europas vor und nach 1989. In seinem Beitrag „The Right to Write Badly: Reconciling the Failure and Success of Soviet Creative Unions in the 1930s“ analysiert **Matthew Reichert** (Harvard University) die paradoxe Rolle der sowjetischen Schriftstellergewerkschaft in den 1930er Jahren. Er zeigt, wie die Gewerkschaft trotz ihres Scheiterns bei der Durchsetzung staatlicher Kulturpolitik als Institution überlebte und zu einem Modell für Kulturpolitik in den von der Sowjetunion dominierten kommunistischen Ländern wurde. Reichert argumentiert, dass die Kombination aus autonomer Ressourcenverteilung und dezentraler Regulierung zur Entstehung einer informellen kulturellen Ökonomie führte, in der literarische Texte eher im Untergrund zirkulierten als offiziell veröffentlicht zu werden. Obwohl diese informelle Ökonomie während der Anti-Formalismus-Kampagne angegriffen wurde, blieb die Institution der Schriftstellergewerkschaft selbst weitgehend unverändert, was ihre anhaltende Bedeutung unterstreicht. **Agata Zysiak** (Universität Wien und Uniwersytet Łódzki) untersucht in ihrem Beitrag „The Varieties of Citizenship: Who Was a Citizen under State Socialism?“ die Entwicklung des Konzepts der Staatsbürgerschaft in den kommunistisch regierten Ländern Ostmitteleuropas. Sie argumentiert, dass Staatsbürgerschaft in diesen Gesellschaften nicht nur als formale Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft verstanden werden sollte, sondern auch als Teil eines sozialen Imaginären, das Inklusion und sozialen Aufstieg vormals marginalisierter Gruppen ermöglichen sollte. Zysiak betont, dass die postsozialistische Transformation der 1990er Jahre oft als eine Zeit der Ausweitung von Bürger*innenrechten dargestellt wird,

gleichzeitig aber viele Menschen von diesen Rechten ausgeschlossen wurden. Sie plädiert für eine Revision des klassischen Verständnisses von Staatsbürgerschaft, das soziale Klassen und ihre historische Entwicklung in Ostmitteleuropa stärker berücksichtigt.

Das zweite Panel mit Fokus auf Ostmitteleuropa wurde von **Piotr Kocyba**, **Alexander Leistner** und **Aleš Michal** (alle Universität Leipzig) eröffnet. In ihrem Beitrag „Civil Society Engagement in Communist Europe – Between Total Control and Mass Mobilization“ griffen die drei Autoren den Grundgedanken von Agata Zysiak (wie auch von Iza Ding) auf und stellten die Perzeption in Frage, wonach sich die sozialistischen Bürger*innen durch weitgehende Passivität ausgezeichnet hätten. In einem ostdeutsch-polnisch-tschechoslowakischen Vergleich wiesen sie einerseits darauf hin, dass es in allen drei Gesellschaften mit unterschiedlicher Intensität vom sozialistischen Staat unabhängige und regierungskritische Bewegungen gegeben hat. Zum anderen ist ein genauerer, vergleichender Blick auf den staatlich kontrollierten Bereich des gesellschaftlichen Engagements zu werfen, der oftmals eine nicht zu unterschätzende Rolle für die unabhängige zivilgesellschaftliche Mobilisierung spielte. Hier stellt sich zumindest die Frage, ob das staatlich organisierte Engagement immer so strikt parteipolitisch kontrolliert war und letztlich nicht doch Sozialkapital produziert hat. In seinem Beitrag „Inverted Imperialism: The Establishment of Soviet Economic Control of the Eastern Bloc“ untersuchte **Michael Bernhard** (University of Florida) die wirtschaftliche Dominanz, die die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg über die Länder Osteuropas errichtete. Er beschreibt dieses System als eine Form des „inversen Imperialismus“, in dem die Länder Ostmitteleuropas wirtschaftlich von der Sowjetunion abhängig gemacht wurden, insbesondere durch die Lieferung von Rohstoffen, über die sie selbst nicht in ausreichendem Maße verfügten (invers, da die Zentren der westeuropäischen Imperien Rohstoffe aus den Peripherien importierten). Diese Abhängigkeit wurde durch die Anpassung an die sowjetischen Wirtschaftsstrukturen und den Handel innerhalb des Ostblocks noch verstärkt. Bernhard argumentiert, dass diese wirtschaftliche Kontrolle ein entscheidender Faktor für die politische Stabilität des sowjetischen Imperiums war, da sie die Loyalität der ostmitteleuropäischen Staaten sicherte und ihre wirtschaftliche Entwicklung eng an die Sowjetunion band. **Dariusz Stola** (Instytut Studiów Politycznych PAN) befasst sich in seinem Referat „Varieties of Communism in One Country: From Creative Imitation to Unprecedented Decomposition of the Communist Regime in Poland“ mit der Entwicklung des kommunistischen Regimes in Polen von 1944 bis 1989 und argumentiert, dass sich das Regime in diesem Zeitraum erheblich verändert hat, was sich in verschiedenen Phasen der Indoktrination, des Terrors und der politischen Mobilisierung widerspiegelt. Stola verwendet Juan Linz' Definition eines totalitären Regimes, um diese Veränderungen zu analysieren, insbesondere im Hinblick auf die Rolle der Ideologie und die monozentristische Organisation des Staates. Er kommt zu dem Schluss, dass das polnische kommunistische Regime eine große diachrone Vielfalt entwickelte, die durch interne Spannungen und externe Einflüsse geprägt war.

Das letzte Panel zu Ostmitteleuropa, das zugleich den Abschluss der Konferenz bildete, wurde von **Kyle L. Marquardt** (University of Bergen) eingeleitet, der unter dem Titel „Institutions, Language, and Separatism in the Soviet Union“ die Rolle ethnoföderaler Institutionen während des Zerfalls der Sowjetunion untersuchte. Marquardt zeigte, dass diese Institutionen indirekt zur separatistischen Mobilisierung beitrugen, indem sie ethnische Identitäten in den verschiedenen Sowjetrepubliken bewahrten und stärkten. Seine Analyse basiert auf einem neu entwickelten Datensatz, der die Entwicklung der Sprachenpolitik in verschiedenen Regionen der Sowjetunion über mehrere Jahrzehnte verfolgt. Marquardt argumentiert, dass die ethnoföderalen Institutionen weniger durch direkte Maßnahmen zur Destabilisierung der Sowjetunion beitrugen als durch die langfristige Stärkung ethnischer Identitäten. **Stefan Garsztecki** (TU Chemnitz) analysierte in

seinem Vortrag „National Traditions as a Basis of Legitimacy? The CEE Communist Parties and Their Dealing with the Past“ die komplexen und unterschiedlichen Wege, auf denen die kommunistischen Parteien in Ostmitteleuropa nationale Traditionen zur Schaffung und Festigung ihrer politischen Legitimität einsetzten. Er zeigte, dass diese Parteien die historischen und kulturellen Besonderheiten ihrer jeweiligen Länder nicht nur für ihre Zwecke nutzten, sondern auch bewusst umformten und instrumentalisieren, um ihre Herrschaft zu stabilisieren und zu legitimieren. Garsztecki verdeutlichte, dass die nationalen sozialistischen Identitäten in den verschiedenen ostmitteleuropäischen Staaten auf unterschiedliche Weise konstruiert wurden, um den spezifischen ideologischen und politischen Anforderungen des jeweiligen Regimes gerecht zu werden. Diese Vielfalt im Umgang mit nationalen Traditionen trug dazu bei, dass die kommunistischen Regime in Ostmitteleuropa trotz gemeinsamer ideologischer Grundlagen sehr unterschiedliche Wege in ihrer Ausgestaltung und Legitimation beschritten. **Rafał Riedel** (Uniwersytet Opolski) schloss die Konferenz mit einem Blick auf die jüngsten Entwicklungen in Polen. Unter dem Titel „Back into the Future or Forward into the Past? Democratic Backsliding Toward (What Kind of) Communism – Lessons from Poland“ verglich er den 2015 in Polen eingeleiteten Rückbau demokratischer Institutionen mit den "Volksdemokratien" des kommunistischen Osteuropas. Riedel argumentierte, dass der populistische Kurs, den Polen und andere postkommunistische Länder eingeschlagen haben, eine Rückkehr zu einer Form der "Volksdemokratie" darstellt, die durch Antipluralismus, Anti-Elitismus und autoritäre Tendenzen gekennzeichnet ist. Er zeigte, wie historische Pfadabhängigkeiten und populistische Ideologien zu einer Erosion der liberalen Demokratie führen und wie diese Entwicklungen beunruhigende Ähnlichkeiten mit den autoritären Strukturen der kommunistischen Vergangenheit aufweisen.

Die Konferenz „Varieties of Communism: A Comparative Political Perspective on Temporal and Regional Differences of Socialist Regimes“ brachte internationale Wissenschaftler*innen zusammen, um die Vielfalt und Entwicklung kommunistischer Regime aus einer vergleichenden Perspektive zu analysieren. Der Austausch in den sieben thematischen Panels machte deutlich, dass es trotz einer gemeinsamen ideologischen Basis erhebliche Unterschiede in der Praxis und der historischen Entwicklung dieser Regime gab. Ein besonderer Schwerpunkt der Konferenz lag auf der Untersuchung von Anpassungs- und Überlebensstrategien kommunistischer Staaten in unterschiedlichen geopolitischen Kontexten, wobei sowohl die Bedeutung informeller Praktiken als auch die Rolle nationaler Identitäten betont wurden. Besonders hervorzuheben sind die Diskussionen über den Einfluss kommunistischer Ideologien auf postkoloniale Staaten in Afrika und Lateinamerika. Insgesamt trug die Konferenz zu einem vertieften Verständnis der internen Differenzierungen und globalen Auswirkungen des Kommunismus bei und unterstrich die Notwendigkeit, historische und regionale Kontexte stärker in die vergleichende politikwissenschaftliche Untersuchung kommunistischer Regierungsformen einzubeziehen.